Verordnung über die Siedlungsentwässerungsanlagen (SEVO) der Gemeinde Langnau am Albis

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Bestimmungen

- 1.1 Zweck
- 1.2 Rechtsgrundlagen
- 1.3 Geltungsbereich
- 1.4 Begriffe
 - 1.4.1 öffentliche Gewässer
- 1.5 Reinhaltung der Gewässer; Grundsatz
- 1.6 Abwasserbeseitigung
 - 1.6.1 Einleitung in ARA (verschmutztes Abwasser)
 - 1.6.2 Niederschlagswasser
 - 1.6.3 Versickerung (nicht verschmutztes Abwasser)
- 1.7 Zuständigkeit

2. Aufgaben der Gemeinde

- 2.1 Baupflicht, Unterhalt öffentlicher Anlagen
 - 2.1.1 Bauprogramm
- 2.2 Aufsicht
- 2.3 Kanal- und Anlagekataster
- 2.4 Unterhaltsplan
- 2.5 Industrie- und Gewerbekataster

3. Allgemeine Vorschriften für Bau, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung von Abwasseranlagen

- 3.1 Allgemeine Bauvorschriften
 - 3.1.1 Ausführung
 - 3.1.2 Normen, Richtlinien
 - 3.1.3 Grundstückentwässerung
 - 3.1.4 Quartierplanverfahren
 - 3.1.5 Plazierung von Kanälen
 - 3.1.6 Durchleitungsrecht
 - 3.1.7 Anschluss an die öffentliche Kanalisation
- 3.2 Vorschriften über Betrieb und Unterhalt

4. Öffentliche Siedlungsentwässerungsanlagen

- 4.1 Umfang der Anlagen
- 4.2 Übernahme von privaten Abwasseranlagen

5. Private Abwasseranlagen

- 5.1 Anschlusspflicht
- 5.2 Baupflicht
- 5.2.1 Mehrdimensionen
- 5.3 Bewilligungen
- 5.3.1 Bewilligungspflicht
- 5.3.2 Besondere Verfahren der Abwasserbeseitigung
- 5.3.3 Bewilligungsverfahren
- 5.3.3.1 Gesuch
- 5.3.3.2 Unvollständige Gesuche/Unterlagen
- 5.3.4 Kommunale gewässerschutzrechtliche Bewilligung
- 5.3.5 Ausnahmbewilligung
- 5.3.6 Kantonale gewässerschutzrechtliche Bewilligung
- 5.4 Bau / Baubeginn
- 5.5 Anschlussfrist
- 5.6 Geltungsdauer der Bewilligung
- 5.7 Kontrollen / Abnahmen
- 5.8 Abnahme, Inbetriebnahme
 - Revisionspläne
- 5.9 Unterhaltspflicht
- 5.10 Anpassung / Sanierung
- 5.11 Kontrollpflicht der Gemeinde
- 5.12 Nachweise
- 5.13 Mehrere Eigentümer

6. Finanzierung und Kostentragung

- 6.1 Allgemein
- 6.2 Öffentliche Anlagen, Gebührenarten
- 6.2.1 Abwassergebühren
- 6.2.2 Verwaltungsgebühren
- 6.2.3 Mehrwertsbeiträge

7. Haftung

- 7.1 Haftung

8. Schluss-, Übergangs- und Strafbestimmungen

- 8.1 Vorbehalt übergeordnetes Recht
- 8.2 Rekursrecht
- 8.3 Strafbestimmungen
- 8.4 Übergangsbestimmungen, Planablieferung
- 8.5 Inkrafttreten

Anhänge

- Anhang I Gesetzliche Grundlagen
- Anhang II Normen und Richtlinien
- Anhang III Glossar

Verordnung über die Siedlungsentwässerungsanlagen (SEVO) der Gemeinde Langnau am Albis

1. Allgemeine Bestimmungen

- 1.1 Zweck** Zweck der vorliegenden Verordnung über die Siedlungsentwässerungsanlagen (SEVO) ist die Regelung der Ableitung, Behandlung sowie Entsorgung von Abwasser auf dem ganzen Gemeindegebiet.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.1 GSchG und Art. 1 GSchV.
- 1.2 Rechtsgrundlagen** Diese Verordnung stützt sich auf die Gesetzgebung von Bund und Kanton über den Gewässerschutz, das kantonale Baurecht, die gesetzlichen Planungsinstrumente (wie Genereller Entwässerungsplan GEP), das kantonale Gesetz über das Gemeindewesen sowie die Gemeindeordnung.
- 1.3 Geltungsbereich**
¹ Diese Verordnung gilt für das gesamte Gemeindegebiet.
² Ausserhalb der Bauzonen gelten auf Grund der übergeordneten Gesetzgebung besondere Vorschriften.
³ Ausbau und Unterhalt (einschliesslich Kostentragung) von öffentlichen Gewässern werden durch das kantonale Wasserwirtschaftsgesetz (WWG) geregelt.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art. 2 GSchG
- 1.4 Begriffe** *Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.4 GSchG*
- 1.4.1 öffentliche Gewässer** Als öffentlich gelten diejenigen Gewässer, welche im Gewässerplan der Baudirektion eingetragen und im Gewässerverzeichnis aufgenommen sind.
Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 5 – 7 WWG
- 1.5 Grundsatz**
¹ Es ist untersagt, Stoffe, die Wasser verunreinigen können, mittelbar oder unmittelbar in ein Gewässer einzubringen oder sie versickern zu lassen.
² Es ist auch untersagt, solche Stoffe ausserhalb eines Gewässers abzulagern oder auszubringen, sofern dadurch die konkrete Gefahr einer Verunreinigung des Wassers entsteht.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.6 GSchG
- 1.6 Abwasserbeseitigung** *Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.7 GSchG und Art. 3, 5 – 17 GSchV*
- 1.6.1 Einleitung in ARA (verschmutztes Abwasser)**
¹ Verschmutztes Abwasser (häusliches, gewerbliches und industrielles, gegebenenfalls vorbehandeltes Abwasser) ist einer Abwasserreinigungsanlage (ARA) zuzuleiten.

- ² Die Abwässer müssen so beschaffen sein, dass sie weder die Anlageteile der Kanalisation und der ARA schädigen, noch deren normalen Betrieb und Unterhalt oder die Abwasserreinigung erschweren.
- 1.6.2 Niederschlagswasser** ³ Das von Dächern, Strassen und Plätzen abfliessende Niederschlagswasser ist seinem Verschmutzungsgrad entsprechend dem verschmutzten, resp. nicht verschmutzten Abwasser zuzuordnen. Massgebend für die Zuordnung ist der GEP und die Schweizer-Norm (SN) 592 000.
- 1.6.3 Versickerung (nicht verschmutztes Abwasser)** ⁴ Nicht verschmutztes Abwasser (Grundwasser, Quellwasser, Bachwasser, stetig anfallendes Sickerwasser, Kühlwasser etc.) muss nach Möglichkeit auf dem gleichen Grundstück wieder versickert oder einer zentralen Versickerungsanlage zugeführt werden. Wird die Zuweisung nicht im GEP vorgenommen, ist nachzuweisen, dass eine Versickerung nicht möglich ist. Erst dann darf es direkt oder indirekt in ein Oberflächengewässer eingeleitet werden. Wo dies zweckmässig ist, ordnet der Gemeinderat Rückhaltmassnahmen an.
- 1.7 Zuständigkeit** Für den Vollzug dieser SEVO ist der Gemeinderat zuständig. Vorbehalten bleiben die Zuständigkeiten der kantonalen Stellen gemäss übergeordnetem Recht und spezielle Vereinbarungen mit anderen Gemeinden.
- 2. Aufgaben der Gemeinde**
- 2.1 Baupflicht, Unterhalt öffentlicher Anlagen** Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung sämtlicher öffentlicher Siedlungsentwässerungsanlagen obliegen dem Gemeinderat.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art. 10 GSchG
- 2.1.1 Bauprogramm** Der Ausbau und die Erneuerung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen erfolgen im Rahmen des jeweils gültigen, vom Gemeinderat festgesetzten und vom Regierungsrat genehmigten GEP etappenweise nach Massgabe der Erschliessungsplanung oder, wo eine solche fehlt, der baulichen Entwicklung bzw. des öffentlichen Bedürfnisses. Der Gemeinderat erstellt hierzu ein Bauprogramm.
- 2.2 Aufsicht** Die Aufsicht über Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung der privaten Siedlungsentwässerungsanlagen obliegt dem Gemeinderat.
- 2.3 Kanal- und Anlagekataster** Die Gemeinde führt einen Kanal- und Anlagekataster über das gesamte Gemeindegebiet, welcher die öffentlichen und die daran angeschlossenen, ausserhalb der Gebäude liegenden privaten Entwässerungsanlagen enthält. Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die hierfür notwendigen Angaben zu machen und entsprechende Unterlagen zu liefern.

- 2.4 Unterhaltsplan** Die Gemeinde führt einen Unterhaltsplan für die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen.
- 2.5 Kataster der Betriebe** Die Gemeinde kann einen Kataster über die Betriebe führen. Die Betriebsinhaber und / oder Grundeigentümer sind verpflichtet, die hierfür notwendigen Angaben zu machen und Unterlagen zu liefern.
- 3. Allgemeine Vorschriften für Bau, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung von Siedlungsentwässerungsanlagen**
- 3.1 Allgemeine Bauvorschriften**
- 3.1.1 Ausführung** Siedlungsentwässerungsanlagen sind nach anerkannten Regeln der Technik zu planen, zu erstellen, zu unterhalten, zu sanieren und zu erneuern.
- 3.1.2 Normen, Richtlinien** Für Planung, Erstellung, Unterhalt und Sanierung von Abwasseranlagen sind die technischen Normen und Richtlinien zu beachten (siehe auch Anhang II).
- 3.1.3 Grundstück-entwässerung** ¹ Grundsätzlich erfolgt der Anschluss an die öffentliche Kanalisation im freien Gefälle. Ist dies technisch nicht möglich, ist zu Lasten des Grundeigentümers ein Fördersystem vorzusehen.
- ² Jedes Grundstück ist in der Regel für sich und ohne Benützung von fremdem Grund zu entwässern.
- ³ Sind mehrere Grundstücke mit einer gemeinsamen Anschlussleitung zu erschliessen, müssen vor Baubeginn die erforderlichen Rechte, Pflichten und die späteren Eigentumsverhältnisse geregelt werden.
- ⁴ Verschmutzte Abwässer sind der Kanalisation unterirdisch zuzuleiten. Niederschlagswasser ist gemäss Art. 1.6.2 zu entsorgen.
- ⁵ Durch bauliche Massnahmen ist zu verhindern, dass Abwasser von privaten Park- oder Garagenvorplätzen unkontrolliert oberflächlich auf öffentliches Strassengebiet abfliessen kann.
- 3.1.4 Quartierplanverfahren** Die Erstellung gemeinsamer Kanalisationen im Quartierplanverfahren bleibt vorbehalten.
- 3.1.5 Platzierung von Kanälen** ¹ Öffentliche Kanäle werden in der Regel im Strassengebiet oder innerhalb der Baulinien bzw. innerhalb des Strassenabstandes verlegt.
- ² In besonderen Fällen können Kanäle auch im privaten Grund ausserhalb der Baulinien erstellt werden. Ist eine Verständigung mit den Grundeigentümern nicht möglich, ist das Enteignungsverfahren durchzuführen (§ 12 EGGeschG).

- 3.1.6 Durchleitungsrecht** Durchleitungsrechte sind im Grundbuch einzutragen. Kanäle im Baulinienbereich resp. im Strassenabstand sind im Grundbuch anzumerken.
Massgebendes übergeordnetes Recht: § 105 PBG
- 3.1.7 Anschluss an die öffentliche Kanalisation**
- ¹ Der Anschluss an die öffentliche Kanalisation hat dem Kanalisationssystem entsprechend zu erfolgen.
 - ² Die Gebäudeentwässerung ist in jedem Fall bis zum ersten Kontrollschacht ausserhalb des Gebäudes im Trennsystem auszuführen.
 - ³ Der bauliche Anschluss an die öffentliche Kanalisation ist durch qualifizierte Baufachleute zu erstellen bzw. anzupassen. Der Gemeinderat bezeichnet gegebenenfalls die berechtigten Unternehmen.
 - ⁴ Der Gemeinderat bestimmt die Art der technischen Ausführung der Anschlussstelle.
 - ⁵ Sofern die Abflussverhältnisse es zulassen, sind Anschlüsse an öffentliche Kanäle unter 90° auszuführen.
- Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.11 GSchG sowie Art.11 und 12 GSchV*
- 3.2 Vorschriften über Betrieb und Unterhalt** Für Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung der Entwässerungsanlagen sind die technischen Normen und Richtlinien gemäss Anhang II bzw. der Unterhaltsplan der Gemeinde massgebend.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.13 – 17 GSchV
- 4. Öffentliche Siedlungsentwässerungsanlagen**
- 4.1 Umfang der Anlagen**
- ¹ Die öffentliche Siedlungsentwässerung umfasst das gemeindeeigene Kanalsystem und seine Einrichtungen wie Regenbecken, Regenüberläufe, Pumpwerke, Druckleitungen usw. sowie die zentralen Abwasserreinigungsanlagen, welche die Gemeinde in Erfüllung ihrer Baupflicht nach GSchG, EG GSchG und PBG erstellt hat. Die Gewässer sind Bestandteil der Siedlungsentwässerung soweit sie dazu beansprucht werden.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.10 GSchG
 - ² Im weiteren umfasst die öffentliche Siedlungsentwässerung auch die durch die Gemeinde ins Eigentum übernommenen privaten Abwasseranlagen.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.10 GSchG
 - ³ Der Umfang der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen ist aus dem Anlagekataster ersichtlich (Art. 2.3).
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.10 GSchG

- 4.2 Übernahme von privaten Abwasseranlagen**
- ¹ Die Gemeinde übernimmt private Abwasseranlagen, sofern ein öffentliches Interesse dafür besteht, diese Anlagen ordnungsgemäss erstellt und unterhalten sind und die Eigentumsübertragung unentgeltlich erfolgt.
- ² Die Gemeinde übernimmt mit Beschluss in der Regel diejenigen gemeinsamen Anschlussleitungen in ihr Eigentum, welche an eine Abwasserreinigungsanlage angeschlossen sind und die der Entwässerung von mehr als einem Grundstück dienen. Bei mehreren Grundstücken desselben Eigentümers (z.B. grosses Industriereal usw.) entscheidet der Gemeinderat fallweise, ob die Abwasseranlagen als öffentlich oder privat gelten. Die zu übernehmenden Anschlussleitungen müssen einen Durchmesser von mind. 150 mm aufweisen und haben dem Stand der Technik zu entsprechen.
- ³ Gesuchsteller haben ihre Abwasseranlagen vor der Übernahme durch die Gemeinde auf eigene Kosten kontrollieren zu lassen und den einwandfreien Zustand nachzuweisen.
- 5. Private Abwasseranlagen**
- 5.1 Anschlusspflicht** Sämtliche im Kanalisationsbereich anfallenden Abwässer sind systemgerecht abzuleiten.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.11 GSchG und Art. 3 sowie Art.11 und 12 GSchV
- 5.2 Baupflicht** Die systemgerechten Gebäude- und Grundstückentwässerungsanlagen sind bis zum Anschluss an die öffentliche Kanalisation durch die Eigentümer der zu entwässernden Grundstücke zu erstellen.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.11 GSchG und Art.11 GSchV
- 5.2.1 Mehrdimensionen**
- ¹ Wird auf Verlangen des Gemeinderates eine Anschlussleitung im öffentlichen Interesse grösser dimensioniert, so werden die Mehrkosten von der Gemeinde übernommen, wenn die Leitung den an öffentliche Kanäle gestellten technischen Anforderungen genügt und wenn sie nach ihrer Erstellung unentgeltlich in das Eigentum der Gemeinde übertragen wird.
§ 15 Abs. 3 EG GSchG
- ² Gehen die Anschlussleitungen nicht in das öffentliche Eigentum über, so kann die Gemeinde die Kosten des Mehrkalibers ganz oder teilweise übernehmen, sofern die an der privaten Leitung Berechtigten der Gemeinde und Dritten die Mitbenützung zu angemessenen Bedingungen einräumen.
- 5.3 Bewilligungen** *Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.17 und Art.18 GSchG*

5.3.1	Bewilligungspflicht	<p>¹ Die Erstellung, Erweiterung und Sanierung von Abwasseranlagen bedürfen einer gewässerschutzrechtlichen Bewilligung.</p> <p>² Jede Änderung der Nutzung von Bauten und Anlagen, die auf Menge und Beschaffenheit der Abwässer einen Einfluss haben kann, ist bewilligungspflichtig.</p>
5.3.2	Besondere Verfahren der Abwasserbeseitigung	<i>Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.13 GSchG sowie Art.9 und Art.10 GSchV</i>
5.3.3	Bewilligungsverfahren	
5.3.3.1	Gesuch	<p>¹ Das Gesuch für die Bewilligung ist schriftlich 3-fach der Gemeinde einzureichen. Die Gemeinde leitet das Gesuch falls erforderlich an die kantonale Leitstelle gemäss Bauverfahrensverordnung (BVV) weiter.</p> <p>² Dem Gesuch sind alle Unterlagen beizulegen, die zu einer Beurteilung notwendig sind. Dazu gehören insbesondere Pläne mit bestehenden und projektierten Abwasseranlagen bis zum öffentlichen Kanal und entwässerungstechnische Angaben.</p> <p>³ Die Gemeinde kann zusätzliche Angaben bzw. Unterlagen, insbesondere Nachweise über Durchleitungsrechte, Qualität des abzuleitenden Abwassers usw., verlangen.</p>
5.3.3.2	Unvollständige Gesuche/Unterlagen	Unvollständige oder mangelhafte Gesuche werden zur Ergänzung zurückgewiesen.
5.3.4	Kommunale gewässerschutzrechtliche Bewilligung	Steht der Ausführung des Anschlusses bzw. der Erstellung der privaten Abwasseranlage nichts entgegen, so erteilt der Gemeinderat die kommunale gewässerschutzrechtliche Bewilligung.
5.3.5	Ausnahmebewilligung	Der Gemeinderat ist befugt, in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zu bewilligen, sofern dadurch keine wesentlichen öffentlichen Interessen und kein übergeordnetes Recht verletzt werden.

5.3.6	Kantonale gewässerschutzrechtliche Bewilligung	<p>In folgenden Fällen bedarf es zur Erstellung, Erweiterung, Sanierung und Betrieb von Abwasseranlagen einer Bewilligung durch das AWEL:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Fassen und Ableiten von Grund- und Quellwasser sowie von stetig anfallendem Sickerwasser. 2. Versickern von Abwässern, welche dem nicht verschmutzten Abwasser zugeordnet sind. 3. Einleiten in ein Oberflächengewässer. 4. Erstellen einer Abwasseranlage als Übergangs- bzw. Dauerlösung, solange das Abwasser nicht in das öffentliche Kanalisationsnetz eingeleitet werden kann. 5. Erstellen, Ändern und Erneuern von abflusslosen Abwassergruben. 6. Erstellen, Ändern und Erneuern von Lageranlagen für Hofdünger. 7. Entwässern von Betrieben. 8. Beseitigen von verschmutztem Abwasser ausserhalb der Bauzone resp. ausserhalb des Kanalisationsbereiches. 9. Im übrigen überall dort, wo verschmutztes Abwasser nicht einer ARA zugeleitet wird. <p><i>Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art. 12 GSchG und Art. 7 GSchV</i></p>
5.4	Bau / Baubeginn	<p>¹ Mit der Bauausführung, Änderung oder Anpassung der Abwasseranlage darf erst begonnen werden, wenn die gewässerschutzrechtliche Bewilligung des Gemeinderates und, falls notwendig, diejenige des AWEL rechtskräftig erteilt ist.</p> <p>² Bei Baubeginn sind die entsprechenden Vorkehrungen für eine fachgerechte Entsorgung von Bauabfällen und die Baustellenentwässerung gemäss SIA Empfehlung 430 und 431 zu treffen.</p>
5.5	Anschlussfrist	<p>Wird durch den Neubau eines öffentlichen oder privaten Abwasserkanals die Anschlussmöglichkeit für bestehende Gebäude geschaffen, so hat der Anschluss mit der Erstellung des Kanals oder auf entsprechenden Beschluss des Gemeinderates hin spätestens innert 6 Monaten nach Kanalvollendung zu erfolgen.</p>
5.6	Geltungsdauer der Bewilligung	<p>Die erteilte gewässerschutzrechtliche Bewilligung erlischt nach Ablauf von 3 Jahren, wenn inzwischen mit der Ausführung der Anlage nicht begonnen worden ist.</p>

- 5.7 Kontrollen / Abnahmen**
- ¹ Im Bau befindliche Abwasseranlagen sind der zuständigen Behörde (dem Kontrollorgan) zur Kontrolle, zum Einmass bzw. zur Abnahme anzumelden. Die Gemeinde (das Kontrollorgan) wird spätestens innerhalb von 2 Arbeitstagen nach der Anmeldung tätig.
- ² Die Anschlussleitung darf nicht verlegt werden, bevor das Anschlussstück fertig versetzt und durch die Gemeinde (Kontrollorgan) abgenommen und eingemessen worden ist. Im Unterlassungsfall erfolgt die Kontrolle vor der Abnahme mittels Videoaufnahme und Dichtigkeitsprüfung zu Lasten des Bauherrn.
- ³ Unterirdische Anlageteile dürfen erst eingedeckt werden, nachdem die Kontrolle und Einmessung stattgefunden hat.
- ⁴ Bei allen unterirdisch verlegten Abwasseranlagen für verschmutztes Abwasser sind bei Neubauten und Sanierungen Dichtigkeitsprüfungen gemäss SIA Empfehlung V190 durchzuführen. Die Dichtheit von Grundleitungen kann in Ausnahmefällen auch mit einer Absenkprüfung nachgewiesen werden.
- 5.8 Abnahme, Inbetriebnahme**
- ¹ Die privaten Abwasseranlagen dürfen erst definitiv in Betrieb genommen werden, nachdem die Abschlusskontrolle ergeben hat, dass sie fachgerecht ausgeführt sind und zweckentsprechend funktionieren.
- Revisionspläne**
- ² Der Gemeinde sind nach Abnahme der Abwasseranlage innert 3 Monaten Pläne des ausgeführten Bauwerkes (Revisionspläne) im Doppel einzureichen.
- 5.9 Unterhaltspflicht**
- Abwasseranlagen sind von den jeweiligen Eigentümern und / oder Betreibern baulich und betrieblich in gutem, funktionstüchtigem Zustand zu halten. Die Anlagen sind nach Bedarf gründlich durchzuspülen und zu reinigen.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art. 15 GSchG und Art. 13 GSchV
- 5.10 Anpassung / Sanierung**
- Bestehende Abwasseranlagen sind einem zeitgemässen Gewässerschutz anzupassen bei:
- erheblichen Erweiterungen der privaten Abwasseranlagen,
 - eingreifenden Umbauten der angeschlossenen Gebäude,
 - gebietsweisen Sanierungen von privaten Abwasseranlagen,
 - baulichen Sanierungen am öffentlichen Kanalabschnitt,
 - Systemänderungen am öffentlichen Kanalnetz,
 - erkannten Missständen.
- 5.11 Kontrollpflicht der Gemeinde**
- ¹ Der Gemeinderat sorgt für die Kontrolle der privaten Abwasseranlagen. Für die Behebung von festgestellten Missständen erlässt er gegenüber dem Grundeigentümer die erforderlichen Auflagen.
- ² Den Kontrollorganen ist jederzeit der ungehinderte Zugang zu den Anlagen zu ermöglichen.

Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.15 GSchG

- 5.12 Nachweise**
- ¹ Der Gemeinderat verlangt periodisch nach Massgabe der Alterung der Anlage den Nachweis des gesetzeskonformen baulichen Zustandes, der Funktionstüchtigkeit und der Dichtigkeit.
- ² Der Gemeinderat verlangt bei Verdacht den Nachweis, dass keine unzulässige Beseitigung von Abwasser erfolgt.
- 5.13 Mehrere Eigentümer**
- Für Abwasseranlagen, welche von mehreren Grundeigentümern benützt werden, sind die Eigentumsverhältnisse, die Betriebsverantwortlichkeit und die Unterhaltspflichten (inkl. Sanierung und Ersatz) privatrechtlich zu regeln und im Grundbuch einzutragen. Die Regelung ist der Gemeinde zur Kenntnis zu bringen.

6. Finanzierung und Kostentragung

- 6.1 Allgemein**
- ¹ Die Kosten für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung von Siedlungsentwässerungsanlagen trägt der jeweilige Eigentümer.
- ² Die Finanzierung von gemeinsam benutzten öffentlichen Anlagen, Z.B. Verbandsanlagen, ist vertraglich zu regeln.
- ³ Das Quartierplanverfahren und die Vorschriften über die Tragung der Erschliessungskosten bleiben vorbehalten.

Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.3a GSchG

- 6.2 Öffentliche Anlagen
Gebührenarten**
- Die Gemeinde erhebt zur Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen, gestützt auf die Gesetzgebung des Kantons, nachstehende Gebühren und Beiträge. Die Gemeinde erlässt eine entsprechende Gebührenverordnung.
Massgebendes, übergeordnetes Recht: Art.3a und 60a GSchG
- 6.2.1 Abwassergebühren**
- ¹ *Anschlussgebühren* und *Benutzungsgebühren* gemäss der kommunalen Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen.
- 6.2.2 Verwaltungsgebühren**
- ² *Verwaltungsgebühren* für behördliche Aufwendungen in Anwendung dieser Verordnung.
- 6.2.3 Mehrwertsbeiträge**
- Mehrwertsbeiträge* gemäss § 42 EG GSchG für die erstmalige Erstellung von öffentlichen Abwasseranlagen, welche als Groberschliessung Bestandteil des kommunalen Erschliessungsplanes sind und gleichzeitig der Erschliessung anstossender privater Liegenschaften dienen.

7. Haftung

7.1 Haftung

¹ Die Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen durch die Gemeinde entbinden den Grundeigentümer bzw. seine Auftragnehmer nicht von der eigenen Verantwortung, die er/sie für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung trägt/tragen.

² Aus der Mitwirkung der Gemeinde entsteht keine über die gesetzliche Haftung hinausgehende Verantwortung der Gemeinde.

³ Für Schäden, die infolge mangelhafter Projektierung und Erstellung, ungenügenden Funktionierens oder mangelhaften Betriebs oder Unterhalts der privaten Abwasseranlagen an anderen öffentlichen oder privaten Anlagen entstehen, haftet der Grundeigentümer und der Fehlbare im Rahmen der eidgenössischen Gesetzgebung.

8. Schluss-, Übergangs- und Strafbestimmungen

8.1 Vorbehalt übergeordnetes Recht

Die Gesetzgebung von Bund und Kanton insbesondere die Gewässerschutzgesetzgebung sowie entsprechende Anordnungen kantonaler Behörden bleiben vorbehalten.

8.2 Rekursrecht

Beschlüsse oder Verfügungen, welche gestützt auf diese Verordnung erlassen werden, können innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet angefochten werden:

- a) bei der Baurekurskommission 2 des Kantons Zürich, sofern Anordnungen im koordinierten Verfahren nach der kantonalen Bauverfahrensordnung (BVV), insbesondere im baurechtlichen Bewilligungsverfahren ergehen,
- b) beim Bezirksrat, sofern kein koordiniertes Verfahren gemäss der kantonalen Bauverfahrensverordnung bzw. keine baurechtliche Bewilligung erforderlich ist oder die Anordnungen im Sinne von § 8 Absatz 2 der BVV als Nebenbewilligung zur baurechtlichen Bewilligung oder gänzlich separat erfolgen,
- c) beim Regierungsrat, sofern Anordnungen über Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen betroffen sind bzw. im Sinne von § 309 Abs. 2 PBG die baurechtliche Bewilligung in staatlichen Entscheiden eingeschlossen ist.

8.3 Strafbestimmungen

Die Übertretung dieser Verordnung und behördlicher Anordnungen, die sich darauf stützen, wird durch den Gemeinderat im Rahmen seiner Strafkompetenz mit Busse bestraft. Vorbehalten bleibt eine Bestrafung nach den einschlägigen Bestimmungen der Gewässerschutzgesetzgebung von Bund und Kanton.

8.4 Übergangsbestimmungen, Planablieferung

Sind von bestehenden privaten Abwasseranlagen keine Pläne der ausgeführten Bauwerke im Besitz der Gemeinde, so sind dem Gemeinderat durch den Grundeigentümer oder Betreiber solche Pläne im Doppel innert anzusetzender Frist einzureichen.

8.5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt hin wird die bisherige Verordnung über die Abwasseranlagen vom 14. Dezember 1972 aufgehoben.

Genehmigt von der Gemeindeversammlung am 14. Juni 2001.

Namens der Gemeindeversammlung

Thomas Meyer
Präsident

Ingrid Hieronymi
Gemeindeschreiberin